

Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

Lagebericht 2008

1 Allgemeines

Geschäftsgrundlage war im Berichtsjahr 2008 die Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der Neufassung vom 16.10.2002 (Amtsblatt der Stadt Köln vom 28.10.2002), zuletzt geändert durch die 7. Änderungssatzung vom 23.01.2009 (Amtsblatt der Stadt Köln vom 04.02.2009).

Als weitere Geschäftsgrundlage finden für den Abrechnungsverband der Freiwilligen Versicherung die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) Anwendung. Die in der Sitzung des Kassenausschusses der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln am 21.10.2008 beschlossenen Änderungen der AVB waren im Wesentlichen durch Änderungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) erforderlich geworden. Die darüber hinaus vorgenommenen Änderungen sind redaktioneller Art und ohne inhaltliche Auswirkungen. Die Änderungen der AVB traten grundsätzlich rückwirkend zum 01.01.2008 in Kraft. Dies entspricht dem Datum des In-Kraft-Tretens des neuen VVG.

Neben dem im Versicherungszweig der Pflichtversicherung unverändert gültigen Umlagesatz von 5,8 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte wurde seit dem 01.01.2003 ausgehend von 2,0 % ein Zusatzbeitrag zum Aufbau einer Kapitaldeckung erhoben. Der Zusatzbeitrag beträgt ab dem Jahr 2007 unverändert 3,2 % des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Entgeltes.

2 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Erträge aus Umlagen sind gegenüber dem Vorjahr um rund 3.934.000 EUR (6,36 %) auf gerundet 65.778.000 EUR gestiegen. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die tariflichen Vergütungssteigerungen im Jahr 2008 sowie Vergütungserhöhungen aufgrund von Alterssteigerungen bei den Beschäftigten der Mitglieder. An Erträgen aus Zusatzbeiträgen sind im Jahr 2008 insgesamt rund 36.099.000 EUR (Vorjahr 34.204.000 EUR) zugeflossen.

Im Versicherungszweig der Freiwilligen Versicherung sind für das Jahr 2008 rund 3.385.000 EUR (Vorjahr 3.148.000 EUR) an Beiträgen sowie rund 282.000 EUR (Vorjahr 191.000 EUR) an durch die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen überwiesenen Zulagen nach der „Riester“-Förderung eingegangen.

Die Gesamtaufwendungen für Versicherungsfälle in der Pflichtversicherung und der Freiwilligen Versicherung sind 2008 um rund 1.466.000 EUR (+ 1,80 %) auf rund 82.983.000 EUR gestiegen. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Dynamisierung der Betriebsrenten um 1 % zum 01.07.2008 sowie einen Anstieg eingetretener Versicherungsfälle in beiden Versicherungszweigen zurückzuführen.

Die Erträge aus Kapitalanlagen sind unter Berücksichtigung der Auflösung von Agien um rund 471.000 EUR auf 22.595.000 EUR gestiegen (+ 2,13 %). Dieser Anstieg ist bedingt durch vermehrte Zinseinnahmen aufgrund des höheren Anlagevolumens.

Das Kapitalanlageergebnis aus der Summe aller Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen beläuft sich im Berichtsjahr auf rund 12.820.000 EUR gegenüber 15.604.000 EUR im Jahr 2007. Der Differenz gegenüber dem Vorjahr liegen insbesondere erhöhte Abschreibungen im Bereich der Inhaberschuldverschreibungen und Investmentanteile (ETF-Fonds) zugrunde, die infolge der Entwicklungen an den Kapitalmärkten im Zuge der Finanzkrise erforderlich wurden. Aufgrund einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung wurden auf diese Wertpapiere 9.175.000 EUR im Berichtsjahr abgeschrieben. Dabei wurden diese Wertpapiere auf der Grundlage des Bewertungswahlrechts gemäß § 341b HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Bei einer Bewertung nach dem strengen Niederstwertprinzip hätte sich ein zusätzlicher Abschreibungsbedarf in Höhe von 4.043.000 EUR ergeben.

Weiterhin wurden bei den Investmentanteilen des gemischten KÖZU-Spezialfonds geringere Ausschüttungen (- 2.045.000 EUR) als in den Vorjahren vorgenommen. Auf den Gebäudewert der Wohnimmobilie Haus C war zudem aufgrund eines aktuellen Wertgutachtens eine außerplanmäßige Abschreibung aufgrund einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung in Höhe von 206.000 EUR vorzunehmen.

Die Durchschnittsrendite (= Bruttoverzinsung) aller Anlageformen, berechnet nach den Vorgaben des Arbeitskreises Vermögensanlage der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung e. V. (AKA), beträgt 2008 unter Einbeziehung der verzinslichen Sichteinlagen 4,73 % (Vorjahr 4,97 %). Die Nettorendite (diese berücksichtigt auch die Aufwendungen für Kapitalanlagen) beträgt 2,66 % (Vorjahr 3,48 %). Insgesamt konnte damit die im Technischen Geschäftsplan vorgesehene Verzinsung im Berichtsjahr nicht realisiert werden.

Nachstehende Aufstellung vergleicht das Jahresergebnis des Wirtschaftsplans 2008 mit dem Jahresabschluss 2008:

	Jahresabschluss EUR	Wirtschaftsplan EUR
Bruttoergebnis vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Verlustrücklage	33.500.000	34.077.000
Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen Pflichtversicherung	- 30.201.000	- 30.043.000
Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen Freiwillige Versicherung	- 3.252.000	- 3.800.000
Jahresüberschuss	47.000	234.000
Einstellung Verlustrücklage Freiwillige Versicherung	- 47.000	- 234.000
Bilanzgewinn	0	0

Zum Ergebnisvergleich der Geschäftsjahre 2008 und 2007 folgt eine zusammengefasste Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung:

	Ergebnis 2008 EUR	Ergebnis 2007 EUR
Umlagen, Beiträge und Zulagen	109.995.000	99.580.000
Erträge aus Kapitalanlagen	22.595.000	22.124.000
Aufwendungen für Kapitalanlagen	- 9.774.000	- 6.520.000
Aufwendungen für Versicherungsfälle	- 82.983.000	- 81.516.000
Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und Beitragsrückgewähr	- 3.585.000	- 737.000
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	- 2.790.000	- 2.086.000
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	42.000	160.000
Jahresüberschuss vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Verlustrücklage	33.500.000	31.005.000
Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen	- 33.453.000	- 30.995.000
Einstellung in die Verlustrücklage	- 47.000	- 10.000
Bilanzgewinn	0	0

Der Bestand der Kapitalanlagen erhöhte sich um 33.131.000 EUR (7,13 %) auf 497.887.000 EUR. Das Gesamtvermögen der ZVK stieg um 7,12 % auf 525.242.000 EUR.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen stiegen um 33.453.000 EUR (6,86 %) auf 521.248.000 EUR.

Die Liquidität der Kasse war im Berichtsjahr jederzeit gegeben und nicht gefährdet.

3 Personalentwicklung und Personalaufwand

	Beschäftigten- stand	Bruttogehälter
31.12.2008	26,51	1.054.000 EUR ¹⁾
31.12.2007	26,46	1.017.000 EUR ¹⁾

¹⁾ Personalkostenerstattungen für Serviceleistungen für die Beihilfekasse sind berücksichtigt

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zusatzversorgungskasse sind Bedienstete der Stadt Köln. Der Beschäftigtenstand berücksichtigt sowohl Teilzeitbeschäftigungen als auch die teilweise Tätigkeit für die Beihilfekasse. Die Eingruppierungen erfolgen entsprechend den Vorgaben im Stellenplan der Stadtverwaltung. Die Personalkosten werden der Stadt Köln von der ZVK erstattet. Die leichte Veränderung des Beschäftigtenstandes ist bedingt durch eine Stellennachbesetzung sowie durch geänderte Teilzeitbeschäftigungen.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Sozialabgaben, der Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, der Pensions- und Beihilferückstellungen sowie der Rückstellung für Altersteilzeit ergibt sich insgesamt folgender Personalaufwand:

Ergebnis 2008	2.123.000 EUR
Ergebnis 2007	1.608.000 EUR

Die Erhöhung (insgesamt 515.000 EUR) ist überwiegend begründet durch eine geänderte Bewertung der Mindestversorgung bei der Berechnung der Pensionsrückstellung und stellt einen einmaligen Effekt dar.

4 Pflichtversicherung

In der Pflichtversicherung ist der Bestand der Rentnerinnen und Rentner von 18.405 um 170 (Vorjahr 168) auf 18.575 Fälle gestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der Pflichtversicherten von 33.601 auf 34.505 um 904 (Vorjahr 572) gestiegen. Auf 100 Pflichtversicherte entfallen somit 53,83 (Vorjahr 54,78) Betriebsrentner.

Die Grund und Boden Baubetreuung GmbH hat ihre Mitgliedschaft mit Ablauf des 31.12.2008 gekündigt. Die bestehenden Lasten und Pflichtversicherungen wurden durch das Mitglied GAG Immobilien AG übernommen. Das Mitglied Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH befindet sich in Liquidation. Die zuletzt bestehenden Pflichtversicherungen wurden durch das Mitglied Kölner Verkehrs-Betriebe AG übernommen.

5 Freiwillige Versicherung

Bei der Freiwilligen Versicherung bestanden zum Bilanzstichtag insgesamt 2.511 (Vorjahr 2.405) Verträge. Hierin sind 222 beitragsfrei gestellte Verträge enthalten.

Die Mitversicherung von Hinterbliebenenleistungen und/oder Leistungen bei Erwerbsminderung kann in der Freiwilligen Versicherung ausgeschlossen werden. 2.065 Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer haben hiervon ganz oder teilweise Gebrauch gemacht. Lediglich in 446 Fällen erfolgte kein Risikoausschluss.

Zum Jahresende 2008 wurde in der Freiwilligen Versicherung an 63 Rentenberechtigte eine laufende Leistung aus der Freiwilligen Versicherung gezahlt. Die dabei zu leistenden Beträge sind wegen der kurzen Versicherungszeit insgesamt noch gering.

6 Risiko- und Prognosebericht

In 2008 sind auch weiterhin noch keine wesentlichen Entlastungen durch die Neuordnung des Zusatzversorgungsrechts erkennbar, da die Bestandsrentenfälle und auch die Neuzugänge der rentennahen Jahrgänge umfangreichen Besitzschutzregelungen unterliegen.

Die Rentenleistungen sind gemäß § 37 der Satzung zum 01.07. eines jeden Jahres linear um 1 % zu dynamisieren.

Bei den Gesamtaufwendungen für Versicherungsfälle ist der Zuwachs von 1,80 % neben der satzungsgemäßen Anpassung der Betriebsrenten auf einen Anstieg des Bestandes der Rentnerinnen und Rentner zurückzuführen.

Die stufenweise Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung für einen abschlagsfreien Altersrentenbezug wird sich erst in Zukunft auf die Rentenzahlen auswirken.

In seiner Entscheidung vom 14.11.2007 hat der Bundesgerichtshof die Tarifvertragsparteien aufgefordert, die Modalitäten zur Berechnung der Startgutschriften für „rentenferne Jahrgänge“ anzupassen. Eine Modifizierung der bisherigen Berechnungsvorschriften durch die Tarifvertragsparteien ist bislang noch nicht erfolgt, so dass derzeit über die Höhe der absehbaren Mehrbelastung keine Aussage getroffen werden kann.

Auswirkungen der zum 01.10.2005 erfolgten Umstellung vom BAT/BMT-G auf den TVöD im Hinblick auf damit eventuell verbundene Mindereinnahmen bei den Umlagen und Zusatzbeiträgen können nicht festgestellt werden. Zwischenzeitlich vorgenommene tarifliche Vergütungsanpassungen haben eine möglicherweise insbesondere bei den Neueinstellungen erfolgte Absenkung des Gehaltsniveaus mehr als kompensiert.

Durch die Erhebung von Zusatzbeiträgen seit Beginn des Jahres 2003 hat die Kasse bei der Pflichtversicherung Einnahmen zu verzeichnen, die zum Aufbau einer Kapitaldeckung verwendet werden sollen, um spätestens nach einer Übergangszeit von insgesamt rund 30 Jahren auch die Arbeitgeber spürbar zu entlasten. Nach den Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars ergeben sich unter vorsichtiger Wahl eines Rechnungszinses von 2,75 % in der Pflichtversicherung auf der Kasse lastende Gesamtansprüche in Höhe von 2.035.651.000 EUR (Vorjahr 1.988.481.000 EUR). Unter Berücksichtigung der tatsächlich bilanzierten versicherungstechnischen Rückstellungen beträgt der Kapitalisierungsgrad in der Pflichtversicherung 24,9 % zum Bilanzstichtag (Vorjahr 23,9 %). Legt man den von den Tarifvertragsparteien beschlossenen gesplitteten Rechnungszins von 3,25 % bzw. 5,25 % zugrunde, belaufen sich die auf der Kasse lastenden Gesamtansprüche auf 1.579.188.000 EUR (Vorjahr 1.539.637.000 EUR). Hieraus resultiert unter Berücksichtigung der tatsächlich bilanzierten versicherungstechnischen Rückstellungen ein Kapitalisierungsgrad von 32,1 % (Vorjahr 30,9 %). Der Kapitalisierungsgrad ist damit langsamer gewachsen als ursprünglich angenommen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die oben dargestellten außerordentlichen Abschreibungen auf Wertpapiere infolge der Finanzmarktkrise.

Rückwirkend zum 01.01.2002 wurde zwischen den Mitgliedskassen der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung e. V. (AKA) ein Überleitungsstatut vereinbart, wonach bei einer Überleitung einzelner Versicherungsverhältnisse der jeweilige Barwert der Anwartschaft zwischen den Kassen ausgeglichen wird. Nach Abschluss der notwendigen EDV-technischen Umsetzungsarbeiten konnten im Laufe des Jahres 2008 die seit dem 01.01.2002 aufgelaufenen Überleitungsanträge verar-

beitet werden. Die von anderen Zusatzversorgungseinrichtungen übernommenen Pflichtversicherungen sind durch die Barwertübertragung vollständig ausfinanziert. Im Gegenzug mussten bei den an andere Kassen abgegebenen Versicherungsverhältnissen die nicht kapitalgedeckten Anteile aus dem Kassenvermögen finanziert werden. Im Saldo ergab sich dabei ein Überschuss der Überleitungsannahmen gegenüber den Überleitungsabgaben.

Solange keine vollständige Kapitaldeckung in der Pflichtversicherung erreicht ist und dort zumindest eine teilweise Umlagenfinanzierung erfolgt, ergeben sich die Risiken hierfür weiterhin insbesondere aus

- der künftigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst, insbesondere durch Privatisierungsmaßnahmen,
- dem weiter fortschreitenden demografischen Wandel,
- der stetig zunehmenden Lebenserwartung,
- den künftigen Ergebnissen von Tarifverhandlungen und
- weiterhin zunehmend aus der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmendaten und hier insbesondere der Erholung der Finanzmärkte nach der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der weiteren Entwicklung des Zinsniveaus und der Bonitätsrisiken.

Für den teilweise kapitalgedeckten Teil der Pflichtversicherung und die von Anfang an voll kapitalgedeckte Freiwillige Versicherung sind als wesentliche Risiken zu nennen

- die Nichtübereinstimmung der dem Technischen Geschäftsplan zugrunde gelegten Sterbe-, Invaliditäts- und Zinsannahmen mit den tatsächlichen Verhältnissen sowie
- insbesondere die bereits oben angesprochene Entwicklung der Finanzmärkte.

Die Leistungsverpflichtungen der ZVK beinhalten nach den bisherigen Regelungen der Tarifvertragsparteien eine jährliche Verzinsung von 3,25 % während der Anwartschaftsphase und 5,25 % während der Leistungsphase. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden ferner weiterhin die Richttafeln 1998 von Professor Dr. Heubeck zugrunde gelegt. Diese Rechnungsgrundlagen sind gemäß Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vom 01.03.2002 auch weiterhin unverändert zu verwenden. Würde man einen marktüblichen Zinssatz und die aktuellen Richttafeln 2005 G von Professor Dr. Heubeck zugrunde legen, wären die zu bilanzierenden Verpflichtungen höher.

Eine durch den Verantwortlichen Aktuar durchgeführte Untersuchung des Kassenbestandes aus dem Jahr 2004 ergab, dass die bislang zu verwendenden Wahrscheinlichkeitstabellen für die Berechnung der Deckungsrückstellung als ausreichend angesehen werden können, zumal durch die Berücksichtigung einer zusätzlichen Biometrie-Komponente angemessene und auch in der Zukunft ausreichende Sicherheitsspannen eingerechnet werden.

Es ist angesichts der weiterhin nicht für die Erreichung des Rechnungszinses erzielbaren Kapitalerträge auch zukünftig erforderlich, unter Einbeziehung der Entwicklung der biometrischen Risiken eine Veränderung der Rechnungsgrundlagen aktuarisch stetig zu überprüfen.

Für den Bereich der Pflichtversicherung wären für eine Veränderung der Rechnungsgrundlagen entsprechende Neuregelungen durch die Tarifvertragsparteien erforderlich. In der Freiwilligen Versicherung hat der Verantwortliche Aktuar darauf hingewiesen,

dass der jetzige Tarif bei einer langfristig unveränderten Zinslage ohne Umverteilungswirkungen nicht mehr zu halten sei. Er empfiehlt daher, den bisherigen Tarif für Neuzugänge zu schließen und ab dem Jahr 2010 einen neuen Tarif in der Freiwilligen Versicherung einzuführen. Geschäftsführung und Kassenleitung beabsichtigen, der Empfehlung des Aktuars zu folgen und der Aufsichtsbehörde einen entsprechenden Technischen Geschäftsplan zur Genehmigung vorzulegen.

Im Rahmen des Risikomanagements wurde bereits zum 01.01.2008 im Hinblick auch auf neue Regelungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) bezüglich der Freiwilligen Versicherung mit der zusammengefassten Dokumentation des Risikomanagementsystems bei der ZVK der Stadt Köln begonnen. Bedingt durch die in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 eingetretene und noch anhaltende Krise auf den Finanzmärkten wurden die Anforderungen an das Risikomanagement erhöht. Der Ausbau des Kapitalanlagen-Risikomanagementsystems befindet sich derzeit in der Umsetzung.

Die Kapitalanlagen der Kasse erfolgen unter Beachtung des § 54 VAG und der entsprechenden Anlageverordnung sowie unter Berücksichtigung der Art der betrieblichen Zusatzversorgung und der Kassenstruktur. Kassenmittel werden so angelegt, dass eine möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität der Kasse unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht werden.

Im Bereich der Freiwilligen Versicherung sind ab dem 23.09.2010 weitere Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung (Solvabilität) nach dem VAG zu beachten. Hierzu wird eine entsprechende landesrechtliche Regelung erwartet.

7 Nachtragsbericht

Im Jahr 2008 hatte die Kasse insgesamt 17.200.000 EUR in erstrangige einlagengesicherte Schuldscheindarlehen bei der Lehman Brothers Bankhaus AG angelegt. Nach Insolvenz des Bankhauses und Feststellung des Entschädigungsfalles durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat die Einlagensicherung beim Bundesverband deutscher Banken e. V. im Februar 2009 die Anlagebeträge einschließlich der bis zum Tag der Insolvenzanmeldung angefallenen Zinsen in Höhe von 577.200 EUR ausgezahlt.

Ferner befinden sich im Bestand der Pflichtversicherung zwei Inhaberschuldverschreibungen der CIT Group zum Nennwert von insgesamt 11.000.000 EUR. Nach derzeitigem Stand ist eine Insolvenz der CIT Group nicht auszuschließen. Die Papiere wurden zum 31.12.2008 auf den Börsenkurswert von 50 % (= 5.500.000 EUR) abgeschrieben. Ein vorzeitiger Verkauf der Papiere wird derzeit geprüft.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2008 nicht eingetreten.

Köln, den 27.07.2009

Blaeser
Kommissarischer Geschäftsführer

Jope
Stellvertretender Geschäftsführer